

Biwöchlicher Kronenzeitung. in Breslau 5 Mark, Wochen-Aboimm. 50 Pf.
außerhalb pro Quartal inc. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den
Raum einer sechseckigen Zeit-Zelle 20 Pf., Reklame 50 Pf.



Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
eintanzt, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 78. Mittag-Ausgabe.

Sechsundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 16. Februar 1875.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat den Gemeinderath Johann Meder zu Forbach im Bezirk Lothringen zum Bürgermeister dieser Stadt ernannt.

Se. Majestät der König hat den Ober-Tribunalsrat Bierhaus hierfür zum Präsidenten des Appellationsgerichts in Frankfurt a. M. mit dem Charakter als Geh. Ober-Justizrat; und den Obgerichts-Director, Präsidenten Kübne in Celle zum Präsidenten des Appellationsgerichts in Greifswald ernannt; dem Landgerichts-Secretair Blümberger in Bonn den Charakter als Kanzleirat verliehen; sowie den Senator Dr. jur. Möllmann zu Osnabrück, der von den dortigen städtischen Collegien getroffenen Wahl gemäß, als Syndikus der Stadt Osnabrück; und die bisherigen Beigeordneten Kaufmann J. W. Schiffer und Kaufmann und Fabrikbesitzer J. Ibel zu Rheydt, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, als unbesoldete Beigeordnete der Stadt Rheydt auf eine fernere Amtsduer von 6 Jahren bestätigt.

Die Landbaumeister Goldmann, Herzberg, Hauptmann, Gödeking, Hauf, Schuster, Devin und Bobritz, Landbaumeister der Militär-Verwaltung resp. in Coblenz, Neisse, Potsdam, Berlin, Köln, Hannover, Karlsruhe und Danzig, sind zu königlichen Bauministoren ernannt worden. Der Baumeister Kübbe ist als Landbaumeister der Militär-Verwaltung in Altona angestellt worden.

Die Königliche Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Sitzung am 11. Februar c. Herrn Professor J. J. Hoffmann in Leiden zum correspondirenden Mitgliede ihrer philosophisch-historischen Klasse gewählt.

Dem Fabrikanten Heinrich Bernhard Hes zu Leipzig ist unter dem 12. Februar 1875 ein Patent auf eine combinirte Brücken- und Taselwaage auf drei Jahre erteilt worden.

Der Kreisrichter Gerou in Lobsens ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Schönlanke und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Bromberg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Czarowitz ernannt worden.

Berlin, 15. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und

ernannten Flügel-Adjutanten von Lucadou, sowie den Hosprediger Garnisonpfarrer Frommel und den General-Adjutanten Feldmarschall Freiherrn v. Mantua, hörten den Vortrag des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, Dr. Friedenthal, und nahmen die Meldung des zum Compagnie-Chef ernannten Hauptmanns im Garde-Füsilier-Regiment, Erbprinzen zu Sachsen-Meiningen, entgegen.

[Se. Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in der 7. Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins anwesend und wohnte gestern dem Gottesdienste im Dom bei. — Ein Diner für die königliche Familie fand gestern bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Carl statt.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] gab Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin bei der am Sonnabend früh 8½ Uhr stattgehabten Abreise bis Potsdam das Geleit, begab sich dann nach dem Gute Bornstedt, besichtigte die Anlagen des Neuen Palais und kehrte mit dem Zuge 1½ Uhr Nachmittags hierher zurück.

Um 5 Uhr begab sich Höchstselbe zur Vorlesung in die Sing-Akademie, und um 7½ Uhr zum Feste des Officier-Corps des Berliner Landwehr-Bataillons Nr. 35.

Abends 10 Uhr nahm Se. kaiserliche und königliche Hoheit den Tee bei Ihren Majestäten.

Gestern Vormittag um 10 Uhr wohnte Se. kaiserliche und königliche Hoheit dem Gottesdienst im Dom bei, empfing um 12½ Uhr den zum Commandanten von Frankfurt a. M. ernannten Oberst von Lucadou und begab sich um 5 Uhr zum Familiendiner bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Carl. (Reichsanz.)

○ Berlin, 15. Febr. [Dementis.] — Sitzung des Staatsministeriums. — Die heutige „Montags-Zeitung“ meldet, daß die Reise unseres Kaisers nach Italien für die Zeit von Mitte April bis Mitte Juni bestimmt sei. Wir können demgegenüber nur wiederholen, daß bestimmte Dispositionen über den Sommer-Aufenthalt des Kaisers noch nicht getroffen sind. — Nach einer zweiten Nachricht derselben Blattes stehen in den höheren militärischen Kreisen bedeutende Veränderungen bevor; so soll ein Wechsel in der Leitung des Kriegsministeriums, der Admiralität und der Commando's zweier Armeecorps beschlossen sein, um so die Armee zu verstüppeln. — Auch diese Nachricht entbehrt der Begründung, nur wird vielleicht ein Wechsel in dem Commando eines Armeecorps eintreten. — Gestern und heute haben Berathungen des Staatsministeriums stattgefunden, welche, wie man wohl vermuten darf, die Frage der Reformgesetzgebung und der parlamentarischen Situation betreffen, wie sie durch die Annahme des Bismarckschen Antrages geschaffen ist. Alle Nachrichten, welche von bestimmten Beschlüssen etwas wissen wollen, sind als unbegründet zurückzuweisen. Die Annahme des Bismarckschen Antrags hatte, wie wir schon früher übereininstimmend mit den nationalliberalen Organen ausführten, lediglich eine moralisch-demonstrative Bedeutung, die Regierung hat also gar keinen Grund, zu der Frage bestimmte Stellung zu nehmen. Zu constatiren ist, daß in dem Staats-Ministerium vollkommene Übereinstimmung besteht und daß alle Beschlüsse in Bezug auf das Vorgehen der Staats-Regierung mit Einstimmigkeit gefaßt sind. Damit erledigen sich alle in der Presse verbreiteten Gerüchte über eine erhebliche Diverganz der Meinung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg.

[Die Petitions-Commission] beschäftigte sich mit mehreren Petitionen, welche sich auf die Regelung der Verhältnisse der israelitischen Religionsgesellschaften bezogen. Die Commissarien der Minister des Innern und des Cultus erklärten, daß der Gesetzentwurf, durch welchen auch den Juden in allen Theilen der Monarchie der Austritt aus einer Religionsgemeinde aus confessionellen Bedenken ohne gleichzeitigen Austritt aus dem Judenthum ermöglicht werden solle, bereits in der Ausarbeitung begriffen sei, daß derselbe aber in dieser Session nicht mehr zur Vorlage an den Landtag gelangen könne. Die Commission beschloß, diese Petitionen der k. Staatsregierung wiederholt zur Berücksichtigung zu überweisen und ernannte zum Referenten für das Plenum den Abg. Lehfeld.

[Große Truppen-Uebungen.] Der „Reichs-Anzeiger“ bringt folgende Ordre: Auf den Mir gehaltenen Vortrag bestimme ich hinsichtlich der diesjährigen größeren Truppen-Uebungen: 1) Bei dem V., VI. und IX. Armeecorps finden große Herbst-Uebungen statt, welchen ich beitreiben werde. Das V. und VI. Armeecorps sind, nachdem sie für sich geübt, zu einer gemeinsamen Uebung zusammenzutun. Alle drei Armeecorps werden durch Mannschaften des Beurlaubtenstandes derart completirt, daß die in den Friedenszeit vorgesehene Mannschaftsstärke beim Abrücken zu den Uebungen erreicht wird. Betreffs Zeit und Ort dieser Uebungen will ich näheren Vor-schläge entgegensehen. 2) Das General-Commando des Garde-Corps hat

hinsichtlich der Uebungen dieses Corps Vorschläge zu machen und dabei auf eine Uebung der Garde-Cavallerie im Divisionsverbande Bedacht zu nehmen.

Das 3. Garde-Regiment zu Fuß und das 4. Garde-Grenadier-Regiment Königin beitreten sich an den Herbstübungen des X. beziehungsweise des VIII. Armeecorps. 3) Alle übrigen Armeecorps haben, soweit nicht aus pass. 4) dieser Orde Modificationen sich ergeben, die im Abschnitt I. des Anhangs III. der Verordnungen vom 17. Juni 1870 vorgesehenen Uebungen abzuhalten. 4) Bebris Uebung der Cavallerie im Brigade- und Divisionsverbande sind auf 13 Tage zusammenzutun a. vom I. und II. Armeecorps je 4 Escadrons des Ostpreußischen Kürassier-Regiments Nr. 3 Graf Wrangel, 1. Leib-Husaren-Regiments Nr. 1, Ostpreußischen Ulanen-Regiments Nr. 8, Neumärkischen Dragoner-Regiments Nr. 3, Pommerschen Dragoner-Regiments Nr. 11, Pommerschen Husaren-Regiments (Böhmerw. Husaren) Nr. 5, b. vom VII., X. und XI. Armeecorps je 4 Escadrons des Westfälischen Kürassier-Regiments Nr. 4, 1. Westfälischen Husaren-Regiments Nr. 8, 2. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16, Herzoglich Braunschweigischen Husaren-Regiments Nr. 17, 1. Hannoverschen Ulanen-Regiments Nr. 13, Thüringischen Ulanen-Regiments Nr. 6.

Zu der sub a. bezeichneten Cavallerie-Division steht die reitende Abtheilung des Ostpreußischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 1, zu der zweiten Cavallerie-Division diejenige des 1. Hannoverschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 10.

In administrativer Beziehung restierten die Cavallerie-Divisionen von den General-Commandos, beziehungsweise den Intendanturen derjenigen Armeecorps, in deren Bezirk sie üben. 5) Im Sommer findet bei Coblenz eine Belagerungs-Uebung in der Dauer von ungefähr 6 Wochen statt. Die hieran Theil nehmenden Pionier-Compagnien bestimmt die General-Inspection des Ingenieur-Corps und der Festungen. Außerdem ist das Rheinische Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 8 auf ungefähr 4 Wochen hierzu heranzuziehen. 6) Von den sub 2, 3 und 4 dieser Orde bezeichneten Uebungen müssen sämmtliche Truppen vor dem 30. September in die Garnisonorte zurückgekehrt sein, ohne daß — befordere, dem Kriegsministerium zur Entscheidung vorzulegende Ausnahmefälle abgerechnet — eine Benutzung der Eisenbahn erforderlich wird. Das Kriegsministerium hat hierauf das Weiterre zu veranlassen.

Berlin, den 11. Februar 1875.

Wilhelm.

An das Kriegs-Ministerium.

[Prägungen.] In der Woche vom 24. bis 30. Januar 1875 sind geprägt worden an Goldmünzen: — Mark 20-Markstücke, 1,000,000 Mark 10-Markstücke; an Silbermünzen: 1,716,110 Mark 5-Markstücke, 688,395 Mark 1-Markstücke, 243,977 Mark — Pf. 20-Pfennigstücke; an Nickelmünzen: 94,187 Mark 70 Pf. 10-Pfennigstücke, 125,034 Mark 30 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 59,772 Mark 72 Pf. 2-Pfennigstücke, 28,779 Mark 30 Pf. 1-Pfennigstücke. Vorher waren geprägt: an Goldmünzen: 882,540,800 Mark 20-Markstücke, 229,293,160 Mark 10-Markstücke; an Silbermünzen: 9,113,090 Mark 5-Markstücke, 36,203,877 Mark 1-Markstücke, 10,778,885 Mark 40 Pf. 20-Pfennigstücke; an Nickelmünzen: 5,099,858 Mark 60 Pf. 10-Pfennigstücke, 1,963,592 Mark — Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 1,984,568 Mark 90 Pf. 2-Pfennigstücke, 795,703 Mark 39 Pf. 1-Pfennigstücke. Mithin sind im Ganzen geprägt: an Goldmünzen: 882,540,800 Mark 20-Markstücke, 230,293,160 Mark 10-Markstücke; an Silbermünzen: 10,829,200 Mark 5-Markstücke, 36,892,272 Mark 1-Markstücke, 11,022,862 Mark 40 Pf. 20-Pfennigstücke; an Nickelmünzen: 5,194,046 Mark 30 Pf. 10-Pfennigstücke, 2,088,626 Mark 30 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 2,044,341 Mark 62 Pf. 2-Pfennigstücke, 824,482 Mark 69 Pf. 1-Pfennigstücke. Gesamtausprägung: an Goldmünzen: 1,112,833,960 Mark; an Silbermünzen: 58,744,334 Mark 40 Pf.; an Nickelmünzen: 7,232,672 Mark 60 Pf.; an Kupfermünzen: 2,868,824 Mark 31 Pf.

Darmstadt, 15. Februar. [Die Kronprinzessin] des deutschen Reiches und von Preußen ist heute, von Cassel kommend, zum Besuch ihrer Schwester, der Frau Prinzessin Ludwig, hier eingetroffen.

4 Straßburg, 13. Februar. [Die bisschöflichen Hirtenbriefe. — Wasserleitung-project.] Hinsichtlich der beiden mit Beschlag belegten Fasten-Hirtenbriefe der Bischöfe von Straßburg und Meß ist man hier ziemlich allgemein zu der Annahme geneigt, daß die Verfasser, als sie sich in so leidenschaftlicher Weise, wie geschehen, über die angebliche Kirchenverfolgung u. a. ausgelassen, einem Druck von Rom her gehorcht haben, wo der jesuitische Hass und Unverständ es nicht länger ertragen konnten, daß zwei Bischöfe in leidlich freundlichem Verhältnisse zu ihrer deutschen Regierung standen. Was insbesondere den hiesigen Bischof Dr. Räß betrifft, so glaubt man trotz seiner Theilnahme an den in Fulda zu Stande gekommenen Erklärungen der deutschen Bischöfe entschieden nicht, daß er aus eigenem Antriebe zu einem Hirtenbriefe geschritten sein würde, dessen Gedanken den Schreiber mit dem Strafgez in Verhürtung bringen müssen, und dessen Stil für Majenke und Genossen paßt, aber nicht für einen ehrwürdigen Achtzählerigen, wie Bischof Räß, der als Schriftsteller bisher im Rufe gewählter Schreibweise gestanden hat. Seit reichlich einem Vierteljahrhundert befindet sich das Project, Straßburg mit einer Wasserleitung auszustatten, auf der Tagesordnung aller städtischen Verwaltungen. Auch der gegenwärtige Bürgermeister-Bewalter Bock hat es „studieren“ lassen, und zwar durch die auf diesem Gebiete bewährten Ingenieure Gruner und Thiem, und wir wollen hoffen, daß seiner Verwaltung auch der Ruhm wird, unserer in Bezug auf die Erfordernisse der Reinlichkeit, arg vernachlässigten Stadt eine Einrichtung verliehen zu haben, deren sich selbst kleinere deutsche Städte seit Jahrzehnten erfreuen. Nach dem gedruckt vorliegenden Gutachten der beiden genannten Techniker wird es leider nicht möglich sein, Straßburg mit Quellwasser aus den Vogesen zu versorgen, da dort, wenigstens in der wünschenswerthen Nähe, die erforderliche Wassermenge — 208 Liter per Secunde — nicht ausfindig zu machen ist. Es bleibt also der Bezug aus dem Rheinhale oberhalb Straßburg-Kehl. Die Kosten einer Leitung von dorther einschließlich des erforderlichen Betriebskapitals werden auf reichlich 5 Mill. Francs berechnet. Möchte die Höhe dieser Summe nicht davon abschrecken, das Werk recht bald in Angriff zu nehmen!

Österreich.

Wien, 15. Februar. [Die türkisch-montegrinische Differenz.] Die „Montagsrevue“ schreibt: Die zwischen der Türkei und Montenegro aus Anlaß der Ereignisse von Podgorizza ausgebrochenen

Differenzen sind als beendet zu betrachten, wenn auch mehr die tatsächliche Einstellung der Feindseligkeiten als ein formeller Friedensschluß die Erledigung des Streites bezeichnet. Fürst Nicolaus hat in allen Formen erklärt, daß er die Controversen fallen lasse und auf alle weiteren Genugthuungs- und Entschädigungsansprüche verzichte, ohne sich dadurch der Pflicht enthoben zu sehen, die in die Podgorizzaer Händel verschobenen Montenegriner zur Verantwortung zu ziehen, deren eigenmächtige Selbsthülfe den Straffällen der montenegrinischen Geseze verfallen sei. Die Pforte ihrerseits hat an diese Zustimmung keine weiteren Bedingungen mehr geknüpft und die diplomatische Intervention der Mächte, welche so energisch bemüht war, den offenen Bruch hinzubehalten und die Interessen des Friedens und der Ruhe zu wahren, ist damit der Natur der Sache nach gegenstandslos geblieben.

Schweiz.

Zürich, 8. Februar. [Agitation für die Volksabstimmung über das Civilstands- und Ehegesetz. — Vom Bundesgericht. — Zum Begräbnishwesen. — Gegen Vorwürfe. — Herr Perrulay in Bern. — Ultramontane Curiositäten aus dem Berner Jura. — Aus Freiburg, Genf und Tessin.] Am wohl ausgeschauten „schmückigen Donnerstag“ haben ultramontane Parteiführer aus verschiedenen Kantonen in Luzern die Köpfe zusammengetestet. Ihre Beschlüsse sind noch Geheimnis. Wahrscheinlich ist das Begehr der Volksabstimmung über das Civilstands- und Ehegesetz verabredet worden und wird dann wohl bald in allen Kantonen die Alarmtrommel der Religionsgefahr kräftig gerufen werden. Freilich die dazu erforderlichen 8 Kantone sind nicht zu haben (bloß 7½ gehorchen dem Weihweden); wohl aber lassen sich 30,000 Stimmberechtigte zusammenbringen. In der allgemeinen Abstimmung würde übrigens das Gesetz siegreich durchdringen und sich erst recht tief in die Gemüther des Volkes einsetzen. Den Clericalen kann dies nicht unbekannt sein; aber sie würden sich ja an Gott und allen Heiligen versündigen, wenn sie nicht alles aufböten, um einem neuen Stück Heidentum in der Schweiz den Weg zu verlegen. Einer, der es wissen muss, Alban Stolz, der große römische Recke in Freiburg, erklärte mit rechtschaffener Offenheit: „Die Civilehe ist weiter nichts als obrigkeitliche Prostitution und Sacrament des Teufels.“ Gegenüber solchem Frevel sind natürlich die Millionen Peccatibus gegen das Cölibat pure Kleinigkeiten, bei denen der Himmel gern ein Auge zudrückt. Denn, wie die alten Schwaben von der hochwürdigen Geistlichkeit zu sagen pflegten: „Man nimmt es in moribus nicht so genau, wenn man nur in fide just ist.“ — Das Bundesgericht hat wiederum das Urteil eines Ehrengerichts in Auffenroden, obwohl es nur zum Drittel aus Geistlichen besteht, umgestoßen, weil eben jede geistliche Gerichtsbarkeit aufgehoben ist. Auf das bundesrätliche Kreisschreiben wegen des Begräbnishwesens heißtt Schaffhausen mit, daß dort längst alles ohne Unterschied der Confession, auch Selbstdörfer, anständig begraben wird. — Die clericalen Blätter St. Gallens bombardieren seit einiger Zeit das von Director Vargiader und liberalen Professoren trefflich geleitete Lehrerseminar in Rorschach, besonders weil katholische und protestantische Böglinge friedlich darin zusammen unterrichtet, die rechtläufigen Schädel also angesteckt werden. Es wird der Anstalt Unglaube und Materialismus vorgeworfen und zwar dabei so meisterhaft gelogen und verleumdet, daß sogar ein sonst ultramontan gesinnter Professor am Seminar sich über diese „gemeinen Rothwürfe“ beschwert. Bemerkenswert ist noch, daß die Clericalen auch die protestantische Rechtgläubigkeit (wie in Deutschland) gegen das Seminar in Auffen zu bringen suchen. — Der katholische Pfarrer Perroulaz in Bern weigerte sich den altkatholischen Professoren die Kirche zu öffnen, obwohl die Fortdauer des gewöhnlichen Gottesdienstes zugesichert war. Gegen die Aufrufung des katholischen Kirchengemeinderaths, die Kirche binnen 48 Stunden zur Verfügung zu stellen, ergriß er Recurs an den Bundesrat: „Die Kirche gehört den römischen Katholiken.“ Hinter ihm sollen Dienstmänner aus der fremden Diplomatik stehen. Der Bundesrat hat die Berner Regierung ersucht, sich über den Recurs auszusprechen. — Die provvisorische katholische Synodal-Commission des Kantons Bern erklärte in einem (von Fromageat und Pfarrer Deramey in Pruntrut unterzeichneten) Aufruf an die liberalen Katholiken des Jura, daß die bisherigen Lehren und Gebräuche der katholischen Kirche mit einziger Ausnahme der Unfehlbarkeitslehre auch für sie fortbestehen und zwar so lange, bis die Synode dieselben ändern werde. Dieselbe Commission richtete an die jurafrischen Pfarrer ein Rundschreiben, in welchem die neuliche Verheirathung des Pfarrers St. Ange Lièvre zu Biel harrt getadelt und die Geistlichkeit aufgefordert wird, sich von diesem bedauernswerten Beispiel nicht verführen zu lassen, indem die Commission gegen jede Verlezung der bestehenden Regeln gehörigen Orts Klage führen werde, wie dies bereits auch gegenüber dem Pfarrer von Biel geschehen sei. Gegen dies Verdamnungsurteil hat übrigens der katholische Kirchenrat von Biel protestiert und der Pfarrer St. Ange wird sich schwerlich von seiner protestantischen Frau wieder scheiden lassen. Vor solchen „Reformern“ aber, wie die Synodal-Commission, braucht sich der Ultramontanismus nicht zu fürchten. — Im Spital von Pruntrut wurden Unterschlägungen entdeckt. Das clerikale „Pays“ beschuldigte die Verwaltung. Jetzt aber hat die Behörde drei Spitalschwestern an den Schatten gebracht, nachdem die verbürgten Kinder aus sagten, daß sie allwochenlich auf Befehl der Schwestern mit Tüchern bedeckt und mit Schnüren zugebundene Körbchen zu deren Eltern trugen. — Zur Erklärung der Zustände im Berner Jura macht ein Correspondent des „Bund“ ausführliche Mitteilungen über den Aberglauben und Wunderglauben, welcher mit Nachhülfe des Clerus unter dem dortigen Landvolke herrscht. Es genügt, folgenden Catalog herzusehen: Prozessionen gegen Dürre oder Nässe, Segenssprechung über Haus und Hof, Pferd, Kuh, Huhn, Schwein und Hund, über den Brunnen, über das Ehebett, „wir haben persönlich solche Scenen miterlebt und dann auch einen Blick gehabt auf die unter den besten Bissen des Hauses krachende Tafel, an welche sich nach geschehenem Segen der gute Pfarrer niedersetzte, während die Familie ehrerbietig in der Stube stand“) Talisman gegen Viehseuchen und Feuersgefahr, (unfehlbares Mittel, um Versicherung zu sparen), Zauber, Höllenzwang, Schatzgräber. Eine große Rolle spielt die Wünschelruhe, um Schäfe ans Licht zu bringen

Umstand, daß die Regierung die vorschriftsmäßige Anzeige des Truppenaufgebots unterlassen hatte. — Die Ruhestörer bei dem Leichenbegängnis eines liberalen Katholiken in Hermance sind von der Jury freigesprochen worden, hauptsächlich, weil der Vertheidiger von seinem Ablehnungsrecht einen so ausgiebigen Gebrauch mache, daß die Jury schließlich zur Hälfte aus Ultramontanen bestand, während der Staatsanwaltsschütz Niemanden ablehnte. — Die Tessiner Regierung hat recht unerfreuliche Berichte über das Treiben der Schwarzen erhalten; sie öffnen dem Volke Himmel und Hölle, je nachdem, und prophezeien ganz gemüthlich den Bürgerkrieg, wenn die Großerathswahlen nicht nach ihrem Kopfe ausfallen.

Zürich, 11. Februar. [Eine Erklärung des Grafen Plater.] — Zur Anerkennung Alfons XII. — Persiens Beitritt zur Genfer Convention. — Zur Brüsseler Codification des internationalen Kriegsrechts. — Einladung zum deutschen Bundeschießen. — Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. — Telegraphenwesen. — Gotthardtunnel. — Zur Leichenbestattung. — Kirchliches. — Verschiedenes.] In Bezug auf gewisse Zustände bei Ihren östlichen Nachbarn wollen wir nicht unterlassen, eine öffentliche Erklärung des bekannten, bei Zürich lebenden Grafen Plater zu erwähnen: „Als Pole, der sich seit 45 Jahren seinem Vaterlande widmete, halte ich es für meine heiligste Pflicht, den Gefühlen meiner Landsleute Ausdruck zu geben, indem ich gegen die falschen Behauptungen russischer Zeitungen, die auch ausländische Blätter wiederholten, Einspruch erhebe. „50,000 Einwohner in Podlachien sollten aus freiem Antrieb von der griechisch-unirten Kirche zur russischen übergetreten sein.“ Thatsachen widerlegen aufs Untrügliche diese Behauptung, denn nur weil man das Blut der Widerstreitenden vergossen, sie durchbar mishandelt, ganze Gemeinden dem Elend zugeführt hat, so daß mancher Unglückliche aus Verzweiflung als Selbstmörder endete, war das Werk der sog. Bekehrung vollbracht. Auf diese Weise ist man seit Kaiserin Katharina II. in Polen verfahren.“ Graf Plater beruft sich hierfür auf die Schilderungen in den russischen Zeitungen selbst. Beiläufig tadeln er, daß ein polnisches Mitglied des deutschen Reichstags die Würde des nationalen Gefühls verleakte, indem es auf die Möglichkeit ansprach, im Osten eine Stütze gegen Westen zu suchen. — König Alfons hat auch in Bern seine Thronbesteigung angekündigt lassen. Der Bundesrat macht natürlich alle kaleidoskopischen Wandlungen der Geschichte Spaniens mit und versichert, die guten Beziehungen mit diesem Lande gern aufrecht erhalten zu wollen. — Die Genfer Convention über die Pflege der Verwundeten im Kriege hat auch in Asien eine Eroberung gemacht; der Shah von Persien hat seinen Beitritt erklärt. — Die Brüsseler Codification des internationalen Kriegsrechts begegnet in der Schweiz einer durchaus nicht günstigen Stimmung. Man ist nicht damit einverstanden, daß der Volkskrieg für völkerrechtswidrig erklärt werde; dem Kleinen, wenn ihm der Große über den Hals kommt, liegt ja immer ein Kampf ums Dasein ob. Eine Ansicht geht übrigens dahin, die Schweiz solle sich auch bei weiteren Verhandlungen beitreten, um auf Verbesserung des Entwurfs hinzuwirken, welcher schließlich doch immer der Genehmigung der Volksvertretung bedürfe. — Aus Stuttgart ist eine überaus herzliche Einladung zum deutschen Bundeschießen an die Schweizer Schützen ergangen; es wird darin die allezeit gute Nachbarschaft zwischen Schweizern und Schwaben und die beiderseitige Freiheits- und Vaterlandsliebe hervorgehoben. — In Zürich hat eine Anzahl klugvoller schweizerischer und deutscher Namen einen kräftigen Aufruf zu Gunsten der deutschen Gesellschaft für Rettung Schiffbrüchiger erlassen. — In der Schweiz sind während des vorigen Jahres 2,625,104 telegraphische Depeschen befördert worden; darunter waren 1,846,898 innere; Ausgabe und Einnahme hielten sich fast das Gleichgewicht. — Der Gotthardtunnel hat sich im Januar etwas besser gehalten; an beiden Enden mache er 195,2 Meter voran. — Das Volk von Schaffhausen hat auf die Fragen des Verfassungsrathes, dessen erste Arbeit es verworfen hatte, theils mit Ja, theils mit Nein geantwortet. Es wünscht kein obligatorisches, sondern nur ein facultatives Referendum (Volks-Abstimmung über Gesetze), auch keine Wahl der Richter durch das Volk, dagegen will es selbst die Stände- und Regierungs-Räthe wählen und verlangt Einführung der Progressiv-Steuern. — Die ärztliche Gesellschaft in Zürich hat sich mit 25 gegen 2 Stimmen dahin erklärt, daß die jetzige Bestattungsweise beibehalten werde, weil keine sanitären Nachtheile damit verbunden seien! Diese Herren können sich ruhig begraben lassen. Professor Clossetta, auf dessen Antrag der Besluß gefasst wurde, legte großen Wert darauf, daß die Verbrennung den Nachweis bei Vergiftungsfällen ausschließe. Man braucht ja aber nur etwas Eingeweide gerichtlich aufzubewahren. — Die altkatholische Gemeinde in Zürich hat ohne Weiteres die Verfassung der christkatholischen Kirche der Schweiz angenommen und für die Synodal-Versammlung 6 Abgeordnete ernannt. Sie erließ ferner eine Petition an den Cantonsrath, er möge dem regierungsräthlichen Antrag auf Los-trennung vom Bistum Thurgau zustimmen. Endlich beauftragte sie die Kirchenpflege, den Neukatholiken einen Prozeß anzuhängen auf Herausgabe einer der katholischen Kirche vermachten Summe von 4000 Fr. und des bei der Nuntiatur in Luzern hinterlegten Capitals. Das Gericht wird also zu entscheiden haben: welcher Theil ist die katholische Kirche? — Der sonst masserdichte Bischof Greith von St. Gallen hat dieses Jahr ein merkwürdig gemäßiges Fastenmandat erlassen, ohne Zweifel, weil er seinen Thron etwas wackeln fühlt. Das Gesetz über geistlichen Amtsmißbrauch, welches die Clerikalen „Maulkrottengesetz“ nennen, flößt ihnen doch einige Respect ein. So ist der Pfarrer Schnellmann zu Bülten vom Bezirksgericht Sargans wegen Störung des confessionellen Friedens durch eine Predigt, welche er im Juni bei Beerdigung von drei beim Fabrikbau verunglückten jungen Leuten hielt, zu 100 Fr. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt worden. — Die Luzerner Liberalen werden gegen die revisierte Verfassung stimmen, weil sie ihnen zu conservativ und clerikal ist und u. a. das Eindringen der Lehyschwestern in die Schulen gestattet. — Die ultramontane aargauische „Botschaft“ sattelt eiligst um; sie nennt ihren bisherigen Herzäger Don Carlos mit einem Mal Don Mordbrand. O tempora, o mores, die Grundsätze sind capores! Der Unfehlbare steht aber vor dem Riß. — In Basel hat das Sprichwort: „Doppelt genährt, hält gut“, keineswegs allgemeine Gelting. Von den im Jahre 1874 auf dem Rathause getrauten 502 Ehepaaren haben sich 363 kirchlich einzeln lassen; 27,6 Prozent lieben sich nur bürgerlich trauen, (im Jahre 1873 erst 23,9 Prozent.) — Der Gerichtspräsident von Gruyère, Canton Freiburg, ein Führer der Ultramontanen, und andere Beamte sind wegen unsauberer Geschäfte angeklagt und verhaftet; es bedurfte eines Befehls der Regierung, bis man diese Verhaftungen wagte. — Der Staatsrat von Genf hat die Wahlen der Notre Dame-Commission bestätigt und dem Bundesrat über die Angelegenheit der Laufe in Comptoirs-Bericht erstattet. — Ein um das Postwesen hochverdienter Mann, Steinhausen aus Brugg in Aargau, ist 70 Jahre alt gestorben; früher aargauischer Postdirektor, stand er fast ein vierzig Jahrhundert in eidg. Diensten und war Secretair am internationalen Postcongres.

Italien.

Nom, 9. Febr. [Fortgesetzte Enthüllungen der „Epoca“.] Von hier berichtet man der „Voss. Ztg.“: Wir haben nicht unrichtig geurtheilt, als wir noch weitere Ausschlüsse von der „Epoca“ erwarteten. Im September 1868 wurden die Unterhandlungen nicht von Seiten Mazzini's, sondern Preußens von Neuem angeregt. Zu jener Zeit ließ ein in Florenz wohnender angesehener Preuße Mazzini befragen, weshalb er sich so gänzlich in Schweigen gehüllt habe. Man fügte hinzu, daß diese Anfrage nicht als offiziell, sondern nur als officiell zu betrachten sei. Am 16. September 1868 ließ in Folge dessen Mazzini der preußischen Regierung den Brief behändigen, welchen ich Ihnen hier wörtlich mittheile:

Niemand kann Prophet sein hinsichtlich eines Mannes, der alles in seiner Hand zusammenträgt und der durch den Tod Morny's die Hälfte seiner Seele verloren hat. Napoleon schwankt in der Wahl zwischen den Gefahren des Krieges und des Friedens. Nichtsdestoweniger halte ich den Krieg noch im Laufe dieses Jahres für wahrscheinlich. Die italienische Regierung will selbstverständlich mit Frankreich gehen, höchstens aber neutral bleiben. Ich habe Versicherungen in Händen, welche mich veranlassen, an ein bereits abgeschlossenes Bündniß zu glauben. Immerhin ist es aber möglich, daß die öffentliche Meinung die Regierung zwinge, die Rolle Österreichs im Kriegsange zu spielen. Die preußischen Staatsmänner irren sich, wenn sie glauben, daß mein Schweigen von einer persönlichen Missstimmung, von einer Verleumdung meiner persönlichen Würde herrühre: ein solches Gefühl ist mir fremd, ich ordne immer meine Person dem einzigen Zweck unter, den ich stets vor Augen habe. Ich fühle die Würde meiner Partei und meines Volkes. Ich habe deutlich ausgesprochen, was meine Partei denkt und was zu thun sie bereit ist, ich habe auf ein strategisches Bündniß zwischen Deutschland und Italien hingewiesen. Dieser Vorschlag, den ich auch früher schon durch andere Vermittelung machte, blieb erfolglos. Warum soll ich daraus zurückkommen? Warum Dinge wiederholen, welche den preußischen Staatsmännern enigmatisch zu sein scheinen?

Der Krieg Napoleons gegen Preußen wird nicht allein durch den Willen des Kaisers herbeigeführt werden, die Umstände werden ihm ihn beflehen. Unvorsichtiger Weise hat man die Kriegsparole unter die Offiziere in die Kaiser geworfen. Louis Napoleon aber verläßt täglich an Anträgen in seinem Lande. Ihm schützt nur ein Volkwerk, das Heer, beraubt er dieses jetzt des Kriegstraumes, so wird es ihn verlassen. Er muß also trachten, das Heer an sich zu halten, es mit dem Phantasma des Ruhmes und der Eroberung zu zerstreuen, die Geister abzulenken von dem Verlangen nach Freiheit. Er muß seine lezte Karte ausspielen.

Wenn die preußische Regierung das nicht sieht, so ist sie blind.

Deutschland darf in der italienischen Regierung keinen Freund voraussezten, höchstens einen neutralen, wenn es glaubt dieselbe als Verbündeten gegen Frankreich neben sich zu haben, so ist man blind: man verkennt den König, die Minister, das ganze offizielle Element. Von dem Volkswillen gezwungen, wird sie in ihrer Angst mit der Neutralität beginnen. An dem Tage aber, an dem Frankreich sie zum Verbündeten haben will und ihr sagen wird, ich gebe dir Rom, wird sie es auch sein. Geblendet vom Besitz Roms, die Nation die Regierung schalten und walten lassen nach ihrem Belieben. Das tatsächliche Geheimniß der zweiten Römerfahrt Napoleons war das Bedürfnis, sich durch dieses Pfand das Bündniß Italiens für den bevorstehenden Krieg, der schon damals beschlossen war, zu sichern.

Bon der italienischen Regierung hat Deutschland nichts zu hoffen. Die nationale Partei aber bietet ihm die Hand zu einem wirklichen Bündniß. Die Nationalpartei erhebt sich mit eigenen Kräften auf Rom zu marschiren, der Tragweite eines solchen Schrittes ist sie sich vollständig bewußt. Der zweite unvermeidliche Schritt würde ein Bündniß mit Deutschland sein.

Ich weiß nicht, ob sich die preußischen Staatsmänner nicht auch selbst gesetzt haben: Dieser Hilfesuch ist mir sicher auch ohne Vertrag, die Nationalpartei wird von selbst den Augenblick benützen, wenn die französische Armee am Rheine festgehalten ist.

Ich sehe die Sache von einem andern Standpunkte an.

Wahrscheinlich ist es, daß fogleich nach dem Ausbruche des Krieges die Nationalpartei ihre Pflicht gegen Italien erfüllt. Aber die Schwierigkeiten würden bedeutender sein, der Kampf länger, die Sieger würden sich erschöpft fühlen. Der Marsch auf Rom würde daher ausschließlich von den Verhältnissen in Italien entschieden, vielleicht verzögert werden. Bei einem vorausgegangenen Bündniß dagegen würde, durch eine treue Erfüllung des Vertrages, die Unternehmung leichter von Statthen gehen und auf die Einnahme Roms würde unverzüglich der innere Sieg folgen.

Nun gut, die Einnahme Roms ist für Preußen das wichtigste Ereignis in Italien und von der Schnelligkeit, mit der sie stattfindet, wird die Größe des Einflusses abhängen, welchen dasselbe auf die Kriegsergebnisse auszuüben berufen ist.

Diese kurzen Betrachtungen können Sie dem Mitgliede der preußischen Gesellschaft übermitteln, mit welchem Sie in Verbindung sind.

Jedes Entgegenkommen von jener Seite wegen eines strategischen Bündnisses wird mich zu jeder vernünftigen Verständigung sofort bereit finden. Uebrigens halte ich es für nutzlos, hierüber fernere Jemanden zu schreiben, der die Dinge von einem anderen Standpunkte betrachtet.

(Unterzeichnet) Ihr

Giuseppe Mazzini.

In Berlin hatte sich inzwischen der Wind gedreht, man wollte sich für den Fall eines Krieges mit Frankreich mit der einfachen Neutralität Italiens begnügen. Neue Gesichtspunkte machten den früheren Platz, andere Männer wurden zu der Wahrnehmung derselben verwandt. Was in Florenz damals vorbereitet wurde, hatte keinen praktischen Zweck. Die Sache wurde tot geschwiegen. Die diplomatischen Berührungen traten in eine zweite Phase, über welche die in London aufbewahrten und der „Epoca“ wohlbekannten Documente Aufschluß geben können.

Spanien.

Madrid, 12. Februar. [Nach und aus Cuba. — Zur Rückkehr des Königs. — Serrano. — Von Kriegsschauplatz.] Ein königliches Decret beruft 70,000 Mann unter die Fahnen und setzt den Loskaufspreis auf 8000 Realen (ungefähr 1700 Mk.) fest. Der neuernannte General-Capitän von Cuba, Graf Balmaseda, verfügt 15,000 Mann Verstärkung für die Unterdrückung des Aufstandes in dieser Kolonie, und die Regierung soll diesem Verlangen zugestimmt haben. Nach einem heute eingetretenden Telegramme des General-Capitäns Concha haben die Empörer unter Gomez eine Niederlage erlitten, welche ihnen 20 Tode und 30 Verwundete kostete. — Die Bank von Spanien hat der Regierung 1000 Mill. Realen (ungefähr 21 Mill. Mk.) vorgestreckt. — Der französische Botschafter Graf Chaudordy wird voraussichtlich am Montag dem König seine Beglaubigungsschreiben überreichen. Letzterer ist gestern Nachmittag in Valladolid angekommen, wo er zuerst die Kathedrale besuchte und alsdann von dem Balcon des Rathauses die Besatzung bestichtigte. Heute wird er in Avila, der letzten größeren Stadt vor der Hauptstadt, eintreffen.

Die Ansicht, daß man der Rückkehr Serrano's nach Spanien fälschlich politische Pläne untergeschoben hat, findet sich im „Imparcial“ bestätigt, welcher mit offenbarer Kenntnis der persönlichen und sachlichen Lage erklärt, daß der Herzog de la Torre entschlossen sei, der aktiven Politik fern zu bleiben, wie wenig dies auch solchen Leuten passen möge, die seinen geachteten Namen zum Mittelpunkt unmöglichster Neubildungen und zum Schilde, vielleicht auch zum Fußschemel besonderer persönlicher Bestrebungen machen möchten. Klar genug deutet der „Imparcial“ auf diejenige Gruppe von Politikern, welche der 29. Dezember aus Amt und Würden verdrängt hat, und insbesondere auf den ehr- und ämterstüchtigen Sagasta. Es heißt, daß der Herzog morgen dem Könige seine Auswartung machen werde.

Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind bestiedigend. Die Truppen behalten ihre Stellungen; der linke Flügel steht auf dem Brücke Esquinza, der rechte in Puente la Reina. Aus dem Osten wird eine Niederlage des Carlisten-Generals Dorregaray bei Gandesa gemeldet.

Rußland.

— St. Petersburg, 12. Februar. [Rußland und österreichische Insinuationen.] — Die Commission für Schul-Angelegenheiten. — Für uns ist es ein eigenes Schauspiel zu sehen, wie man in gewissen Kreisen in Österreich tendenziöse Politik treibt. Im Herbst schrieb eine lithographierte Correspondenz, Deutschland möge Rußland nicht vertrauen, sondern sich ganz auf Österreich verlassen. Jetzt entwickelt eine von hoher Hand ausgegebene Broschüre, Österreich habe in Deutschland seinen wichtigsten Feind, und solle sich nur auf Russland verlassen. Einzelne Zeitungen in Österreich nertern aus Leibeskästen an Russland herum, und wo sie selbst nicht genug feindselige Artikel vorzubringen vermögen, da reproduzieren sie mit einem wahren Gaudium fremde, wie z. B. neulich aus dem „Vaterland“. Wie Russen können diesen Insinuationen gegenüber uns nur auf die gerade und stetige Politik unserer Regierung berufen: weder will Russland Deutschland zu Gunsten Österreichs, noch Österreich zu Gunsten Deutschlands gefährden, noch auch endlich für sich selbst Unfrieden zwischen beiden befreundeten Kaiserreichen stiften. Russland will mit beiden Kaiserreichen in Frieden leben, ohne sentimentale Nebengründe, sondern im Sinne der aljeitig wohlverstandenen Interessen. Im Jahre 1870, als es Deutschland von einem Werthe sein konnte, wie sich die Neutralität seiner Nachbarn aussprach, hat Russland allerdings sich für Deutschland dermaßen sympathisch gezeigt, daß dadurch auf die Neutralität anderer Mächte eine Pression entstand. Die Dreikaiser-Zusammenkunft von 1873 hat aber zwischen dem, was früher geschehen, und den jeweiligen Verhältnissen eine strenge Scheidewand gezogen und das russisch-deutsche gute Einvernehmen zu einem deutsch-russisch-österreichischen umgeschaffen. Alle politischen Acte Russlands seit jener Zeit bestätigen das vollkommene Einverständnis mit beiden Kaiserreichen in allen Dingen, in welchen die Interessen des Friedens und der Civilisation zur Geltung kamen. Es scheint, als wenn die Zuversicht, die drei Kaiserreiche befinden sich im besten, auf den solidesten Basen beruhenden Einverständnis, für Deutschland, Russland und Österreich zugleich erproblich ist. Was wollen diejenigen Elemente und Parteien, welche solche Zuversicht zu erschüttern suchen. Für wen glaubt man aus einer etwaigen Lockerung des Einverständnisses Vortheile zu gewinnen? Es ist uns völlig unbegreiflich, was namentlich diejenigen Parteien, welche nicht eben Ultramontane oder Socialisten sind, von der angestrebten Lockerung des Dreikaiser-Einverständnisses zu profitieren hoffen könnten? Waren die Insinuationen aber von Seiten eines gewissen Theils der österreichischen Presse bloß vorgebracht, um in Bezug auf Russlands eine Rancune zu befriedigen oder sich Emotionen zu verschaffen, im festen Glauben, die Sach hätte doch keine sonderliche Tragweite — so können wir darüber freilich uns kein Urteil gestatten. Allen sonstigen Versuchen, das gute Einvernehmen der drei Kaiserreiche zu erschüttern, können wir, was Russland betrifft, nur auf die correcte Haltung unserer Regierung und auf die politische Überzeugung unserer hervorragendsten Staatsmänner verweisen. — Die Beschlüsse der Commission, welche unter Vorsitz des Domänenministers die tieferen Ursachen der letzten Schulwirren zu prüfen hatte, gelangten zu der Überzeugung, daß die gegenwärtige Autonomie der Professoren-Collegien, die Art, wie selbige ihre Cooptation vollbrachten, sowie auch die Nachsicht, mit welcher die jungen Leute ohne ausreichende Vorbereitung zum Studium zugelassen wurden, in hohem Grade verhängnisvoll gewesen. Das Statut von 1863, in höchst liberalem Sinne verfaßt, mache an unsere Professoren-Collegien Anwendung, welche nur durch Tradition und Sitte, wie solche in Deutschland sich ausgebildet, aber in unserer jugendlichen Civilisation leider vermisst wird, in geeigneter Weise befriedigt werden konnten. Die Dorpatner Universität liefert dazu einen lebendigen Beweis: Zustände und Vorfälle, wie sie an anderen Hochschulen, in der medicinischen Akademie, im technologischen Institute vorgekommen sind, hat man in Dorpat nie gekannt — weil dort die traditionelle deutsche Wissenschaftlichkeit den Geist vor gewissen Verirrungen bewahrt, welche an andern Hochschulen, wo solche Tradition fehlt, leicht Platz griffen. Die hohe Commission mußte alsbald begreifen, daß ohne Besetzung gewisser Mängel, die seit 12 Jahren in der Handhabung des Statuts von 1863 sich herausgestellt, eine geistliche Abhilfe nicht zu finden war. Die Hochschulen sind nicht geschaffen, um liberalisirenden Professoren zu Demonstrationen Aula und Stoff zu geben, oder etwaiger Popularitätshäscherei Nahrung zu bieten. Wenn die Professoren ihre ausgedehnte Collegial-Autonomie nicht in gehöriger Weise zum Guten zu verwenden gewußt haben, so gebot es das Interesse des Staats, der Wissenschaft und der studirenden Jugend selbst, gewisse Aenderungen einzutreten zu lassen. Ebenso mußten Vorlehrungen getroffen werden, um den Zuzug ungenügend vorbereiteter Junglinge zu den Hochschulen zu erschweren: denn gerade die bisherige Nachsicht hat die Lehranstalten mit Studirenden überflutet, welche ihren Aufgaben nicht gewachsen waren, ihre Studien nicht beenden konnten und aus einer Art von Desperation subversiven Anstalten sich hingaben. Unvorbereitet, Kenntnis- und mittellos wurden solche nur Beute gewissenloser Agitatoren, und wenn hier Abhilfe getroffen wird, so wird den Criminal-Untersuchungs-Commissionen viel Arbeit erspart, denn wohin die Agitationen führen, haben die unreinen Verschwörungsgeschichten der letzten Jahre genugsam gezeigt. Diese Thatsachen liegen so offenkundig auf der Hand, daß nicht ein einziger der Würdenträger, welche bei der hohen Commission betheiligt waren, und von denen viele grade als besonders freimüttig bekannt sind, sich darüber täusche, und daß ihr Urteil mit voller Einheitlichkeit, ohne die geringste Stimmen-Differenz abgegeben ward: es gehört — außer dem vorsitzenden Domänen-Minister zu der Commission noch folgende Würdenträger: der Kriegsminister, der Finanzminister, die Minister der Volksaufklärung, des Innern, der Justiz, der Wege und öffentlichen Bauten, die Chefs der zweiten und dritten Abtheilung der eigenen Kanzlei des Kaisers und der Generalcontroleur.

Provinzial-Beitung.

— d. Breslau, 13. Februar. [Schlesischer Centralverein für Gärtner und Gartenfreunde.] In der ersten diesjährigen Sitzung wurde zunächst von dem Inhalt des Jahresberichts pro 1874, welcher der Gartenbauverein zu Löwenberg überbracht hat, Kenntnis genommen. — Obergärtner Grunert (Berlin) teilte schriftlich mit, welche Aepfelsorten in seiner Baumschule besonders von der Blutlaus befallen worden sind. Herr Grunert hat die Beobachtung gemacht, daß die Blutlaus nicht nur an den Blättern sich aufhält, sondern bis einen Fuß tief in die Erde eindringt und an den Wurzeln saugt. Da die Verlösung der Blutlaus nicht möglich erscheint, so beabsichtigt Herr Grunert, die Anzucht von Aepfelsäumen in seiner Baumschule aufzugeben. — Obergärtner und Lehrer Göschke am königlichen pomologischen Institut zu Proskau hat dem Verein sein Werkzeug: „Der rationelle Spargelbau“, überwandt. Mit großer Sorgfalt ist darin alles Wissenswertes über Spargel mitgetheilt. Beziiglich der Cultur des Spargels ist in dem Schriftheite diejenige, wie sie in der Nähe von Paris in großem Maßstabe betrieben wird, zu Grunde gelegt. — Vom Ehrenmitglied Oppeler in Planica bei Natibor wird ein Schreiben verlesen, welches verschiedene interessante Mittheilungen über Obst- und Gartenbau enthält. Besonders erwähnt das Schreiben eine Aepfelsorte, welche so spät blüht, daß die Spätfrüchte der letzten Jahre derselben nie haben schaden können. Diese Sorte heißt noch keinen Namen und ist von Herrn Oppeler „Der Kluge“ genannt worden. — Vom Mitglied Erfurt in Deutsch-Crawarn wurde ein Be-

— Widen und Lupiäen dagegen sind gefragte Artikel. — Leinsaat kommt sehr spärlich heran und für gebotene Kleingüter werden hohe Preise bezahlt. — Raps und Rüben bei geringem Angebot wenig umgesetzt. — Mais und K. Leinsaat anhaltend gefragt.

Berliner Börse vom 15. Februar 1875.

Wechsel-Course.

	Eisenbahn-Stamm-Aktionen.			
Amsterdam	100 Fl.	8 T.	3½	174,90 bz
do.	do.	2 M.	3½	173,80 bz
Augsburg	100 Fl.	2 M.	4	170 G
Frankf. a. M.	180 Fl.	2 M.	4	—
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4	—	20,36½ bz
London 1 Thlr.	3 M.	3	—	81,53 bz
Paris 100 Franc.	8 T.	4	—	231,10 bz
Petersburg 100 R.	3 M.	5½	—	283,50 bz
Warschau 100 SE.	8 T.	4	—	182,70 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	—	181,75 bz
do.	do.	2 M.	4	—

Fonds- und Geld-Course.

	Fonds- und Geld-Course.			
Freiw. Staats-Anleihe	4½%	—	—	—
Staats-Anl. 4½%ige	4½%	—	—	—
do. consolid.	4½%	105,75 bz	—	—
do. 4½%ige.	4½%	99,50 bz	—	—
Staats-Schuldscheine	3½	92 bz	—	—
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	140 bz	—	—
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,40 bz	—	—
Berliner	4½	101,25 bz	—	—
Pommersche	4½	87,75 bz	—	—
Pommersche	4½	95,25 bz	—	—
Schlesische	3½	86,50 bz	—	—
Kur. u. Neumärk.	4	97,80 bz	—	—
Pommersche	4	97,25 bz	—	—
Pommersche	4	96,50 G	—	—
Westsl. u. Rhein.	4	98 bz	—	—
Schlesische	4	98 G	—	—
Schlesische	4	96,70 bz	—	—
Badische Präm.-Anl.	4	119,90 bz	—	—
Baierischer 4½ Anleihe	4	122 bz	—	—
Cöln-Mind. Prämisch.	3½	108,30 bzG	—	—
Kurh. 40 Thlr. Loose	234 B	—	—	—
Badische 35 Fl. Loose	126 B	—	—	—
Erauschw. Präm.-Anleihe	74,90 bzG	—	—	—
Odenburger Loose	131,90 bzG	—	—	—
Louisd. — d. —	Fremd.Bkn. 99,75	bz	—	—
Ducaten 9,99 etbz	Oest. Bkn. 183,40	bz	—	—
Sover. 20,46 G	do. Silbr.Bkn. 183,40	bz	—	—
Napoleons 16,30 bz	do. ¼-Guld. 192,40	bz	—	—
Imperials —	Russ.Bkn. 283,50 bz	—	—	—
Dollars 4,19 G	—	—	—	—

Hypotheken-Certificate.

	Hypotheken-Certificate.			
Krupp'sche Partial Obl.	5	162,50 bzG	—	—
Unkb. Pfld. p. Fr. Hyp.	4½	100,50 bz	—	—
Deutsche Hyp.-Pfld.	4½	95,75 bz	—	—
Kündb. Cent.-Brd. Cr.	4½	100,40 bz	—	—
Unkünd. do. (1872)	5	102,50 bz	—	—
do. rückz. ab 110	5	107,25 bz	—	—
do. do. do.	4½	99,49 bz	—	—
Unk. H. d. Prd. Bd. Crd. P.	5	102,50 bz	—	—
III. Em. do. 101 bz	5	101 bz	—	—
Kündb. Hyp.-Schuld.	5	99,90 bz	—	—
Hyp. Anth. Nord.-G. C. B.	5	101,50 bz	—	—
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	184,50 bz	—	—
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	108 G	—	—
do. II. Em.	5	105,50 bz	—	—
do. 5½% Pfl. rckzbl.m10	5	103,40 bzG	—	—
do. 4% do. m. 110	4½	96,25 bzG	—	—
Steininger Präm.-Pfd.	5	103,40 bz	—	—
Oest. Silberpfandbr.	5½	67 bz	—	—
do. Hyp.Crd.Pfndr.	5	65,25 bz	—	—
Pfbd.d.Oest.Bd. Cr.-Ge.	5	88,25 bz	—	—
Schles.Bodencr.Pfndr.	5	100,50 B	—	—
do. do.	4½	94,75 G	—	—
Südd. Bod.-Cred. Pfdb.	5	102,80 G	—	—
Wiener Silberpfandbr.	5½	65,10 G	—	—

Ausländische Fonds.

	Ausländische Fonds.			
Oest. Silberrente	4½	69,40 bz	—	—
do. Papierrente	4½	64,70 bzG	—	—
do. 54% Präm.-Abl.	4½	111,75 bzG	—	—
do. Lott.-Abl. v. 60	5	117 bz	—	—
do. Credit-Loose	—	352,50 G	—	—
do. do. do.	5	105,50 bz	—	—
do. 64% Loose	5	311 bzG	—	—
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	172,25 G	—	—
do. do.	1866	172,25 bz	—	—
do. Bod.-Cred. Pfdb.	5	91,50 etbzG	—	—
Russ. Pol. Schatz-Obl.	4	89 bz	—	—
Poin. Pfandbr. III. Em.	4	88,40 G	—	—
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	70,80 bzG	—	—
Amerik. rückz. p. 1881	6	103,50 B	—	—
do. do. p. 1885	6	102,30 bzB	—	—
do. 5% Anteile	5	99 bz	—	—
Französische Rente	5	184,50 bz	—	—
Ital. neue 5% Anteile	5	69,10 bz	—	—
Ital. Präm.-Obl.	5	99,25 G	—	—
Raab.-Grazer 100 Thlr.L.	4	88 G	—	—
Rumann.-Emliehne	5	105,30 bz	—	—
Ung. 5% St.-Eisenb.	5	74 bzG	—	—
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	—	—	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	39,40 bzG	—	—	—
Turken-Loose	102,30 bz	—	—	—

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

	Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.			
Berg.-Mirk. Seril. II.	4½	99 G	—	—
do. Ill.v.St.	3½	84,40 B	—	—
do. do.	VI.	97,75 G	—	—
do. Hess. Nordbah.	5	103 bz	—	—
Berlin-Görlitz	5	104 G	—	—
do. do.	4½	97,90 B	—	—
Breslau-Freib. Litt.	4½	—	—	—
do. do.	4½	—	—	—
do. do.	4½	—	—	—
Cöln-Minden	III.	92,60 bz	—	—
do. do.	4½	100 bzB	—	—
do. do.	IV.	93,50 G	—	—
do. do.	V.	92,50 G	—	—
Halle-Sorau-Gub.	5	95 bzB	—	—
Hannover-Altenbek.	4½	—	—	—
Märkisch-Posener	5	—	—	—
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	98 B	—	—
do. do. II. Ser.	4	93,75 G	—	—
do. do. Obilb.II. Ser.	4	98 B	—	—
do. do. III. Ser.	4	97 B	—	—
Oberschles. A.	4	—	—	—
do. B.	3½	—	—	—
do. C.	3½	93 G	—	—
do. D.	3½	92,50 G	—	—
do. E.	3½	—	—	—
do. F.	3½	101 B	—	—
do. G.	3½	—	—	—
do. H.	3½	101,25 bzB	—	—
do. I.	104 B	—	—	—
do. J.	104 B	—	—	—
do. von 1873.	4	—	—	—
do. von 1874.	4½	98,70 bzG	—	—
do. Brieg.-Neisse	4½	—	—	—
do. Cosel-Oderb.	4½	93,50 G	—	—
do. do.	5	103,75 bzG	—	—
do. Stargard.-Posen	4	92,50 G	—	—
do. do. II. Em.	4½	—	—	—
do. do. III. Em.	4½	—	—	—
do. Ndrschl. Zwg.	3½	83 B	—	—
Ostpreuss. Südbahn	3½	—	—	—
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103,50 G	—	—
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,70 bz</td		